

Collectif BreakFree Suisse
Name
Adresse

Geschäftsstelle Schweizer Presserat
Münzgraben 6
3011 Bern
+41 33 823 12 62
info@presserat.ch

Genf, 08.01.2021

Betreff : Beschwerde beim Schweizer Presserat bzgl. SRF-Berichterstattung vom 14.10.20 zum Genfer Berufungsprozess « Credit Suisse vs. Klimaaktivist »

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Beschwerdeführer, sind Unterstützer des Collectifs BreakFree Suisse. Unsere Beschwerde betrifft sowohl den Inhalt des Artikels « Credit Suisse unterliegt - Genfer Kantonsgericht gibt Klimaaktivist Recht » [1] als auch den der Audioausstrahlung « Neues Gerichtsurteil gegen Klimaaktivisten » in SRF-Rendezvous, beide mit Datum 14.10.2020 [2].

Wir haben den Eindruck, dass mit dieser Art Berichterstattung nicht nur der Drang zu öffentlicher Empörung bedient sondern auch die Klimabewegung als ganzes diffamiert werden soll.

Wir sind der Ansicht, dass sich die Berichterstattung der SRF vom 14.10.20 zum Genfer Berufungsprozess « Credit Suisse vs. Klimaaktivist » gegen einige der Pflichten verstösst, welche in der Erklärung der Pflichten zum Journalistenkodex aufgeführt sind.

Presserat und Journalistenkodex

Die Verstösse der beteiligten Journalisten betreffen konkret folgende Punkte der Erklärung [3] :

1. « Sie halten sich an die Wahrheit ... » im nachfolgenden als « **Wahrheitspflicht** » bezeichnet ;
1. « Sie ... lassen sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten, die Wahrheit zu erfahren. » ; im nachfolgenden als « **Wahrheitserbringungspflicht** » bezeichnet ;
3. « ... Sie unterschlagen keine wichtigen Elemente von Informationen ... » ; im nachfolgenden als « **Unterschlagungsverbot** » bezeichnet ;
3. « ... Sie ... entstellen weder Tatsachen, Dokumente, Bilder und Töne » ; im nachfolgenden als « **Entstellungsverbot** » bezeichnet ;
7. « Sie unterlassen anonyme und sachlich nicht gerechtfertigte Anschuldigungen. » ; im nachfolgenden als « **Anschuldigungsverbot** » bezeichnet ;

1 <https://www.srf.ch/news/schweiz/credit-suisse-unterliegt-genfer-kantonsgericht-gibt-klimaaktivist-recht>

2 <https://www.srf.ch/play/radio/rendez-vous/audio/neues-gerichtsurteil-gegen-klimaaktivisten?id=26d647ba-565d-4bef-b5a3-e443b658e65b>

3 <https://presserat.ch/journalistenkodex/erklaerung/>

Der Sachverhalt

Um kontroversen Interpretationen zum Sachverhalt vorzubeugen, ist es sinnvoll, sich an das Gerichtsurteil zu halten. Die Fakten stellt die Chambre Pénale d'Appel et de Révision am Cour De Justice in ihrem Beschluss vom 14. Oktober 2020 fest. Entscheidende Feststellungen werden im Anhang zitiert ; das komplette Urteil kann mittels Link der Fussnote [4] konsultiert werden.

Die Feststellungen des Gerichts können mit folgenden Kernaussagen zusammengefasst werden.

Hinsichtlich der Aktion :

- A) die Aktion vom 13.10.18 hat eine kontinuierliche Vorgeschichte ab 2016, die die Credit Suisse bis dahin beständig ignorierte (Seiten 2, 15) ;
- B) der Beschuldigte hatte an der Fassade der Credit Suisse Genf mehrfach sowohl die Titelseite des IPCC-Reports von 2018 als auch zahlreiche blutrote Handabdrucke mit Hilfe einer Schablone und abwaschbarem Kreidespray angebracht (Seite 2) ;
- C) die roten Hände und der IPCC-Report sollten das Blut der vielen Opfer der globalen Erwärmung symbolisieren und das Anbringen dieser Zeichen an der Fassade der Credit Suisse ermöglichte es, auf eine besonders Schuldige des Klimawandels hinzuweisen (Seiten 3, 15) ;
- D) der Beschuldigte hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um nur temporäre Schäden hervorzurufen (Seite 20) ;

Hinsichtlich der Credit Suisse :

- E) die gezielten Interventionen bei der Credit Suisse stützen sich auf mehrere Studien (die nicht von der CS in Frage gestellt wurden), welche aufzeigen, dass die Bank im Vergleich zu anderen Akteuren des Schweizer Finanzsektors ein überproportionales Gewicht im Bereich der Finanzierung fossiler Brennstoffe hat (Seite 15) ;
- F) selbst nach dem Pariser Klimaübereinkommen hat die Credit Suisse in den Jahren 2016-2018 ihre Investitionen in den fossilen Sektor erhöht (Seite 15) ;
- G) die von der Credit Suisse seit 2018 aufgestellten Behauptungen zu ergriffenen Massnahmen zum Schutz des Klimas werden Lügen gestraft durch die vorliegenden und von ihr nicht widersprochenen Studien ; nachdrücklich belegen die Zahlen zur Credit Suisse die bedeutende Beteiligung an dem, was das BAFU bezeichnet als « die Investitionen des Schweizer Finanzplatzes, die eine Erwärmung von 4 bis 6° C unterstützen » (Seiten 15, 23) ;

Hinsichtlich des Bundesrats und der Bundesbehörden :

- H) im Jahr 2016 hat der Bundesrat hervorgehoben,
 - dass durch das Pariser Klimaübereinkommen die Vertragsstaaten sich engagiert haben Massnahmen zu ergreifen, um die Finanzströme auszurichten hin zu einer bezüglich Treibhausgas emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung (Seite 9) ;
 - dass das Pariser Klimübereinkommen damit erstmals ein klares Signal zur Verlagerung privater und öffentlicher, nationaler und internationaler Finanzströme von fossilen Brennstoffen weg und hin zu klimafreundlichen Investitionen sendet (Seite 9) ;
- I) der Bundesrat stützt sich auf einen vom BAFU beauftragten Bericht,

4 http://ge.ch/justice/donnees/decis/parp/show/2504994?meta=dt_decision%3A%5B01.01.2020+TO+31.12.2020%5D&doc=

- in dem die Autoren zu der Schlussfolgerung kommen, dass der Finanzplatz Schweiz mittels seinen Investitionen in die globalen Finanzmärkte ein globales Klimawandelszenario von 4 bis 6 Grad Celsius unterstützt (Seite 11) ;
 - und der Bundesrat hebt hervor, dass das Investitionsverhalten in der Schweiz die Zielsetzung des Pariser Klimaübereinkommens noch nicht ausreichend berücksichtigt. Auch das Reputationsrisiko steige durch die verstärkte Sensibilisierung der Kunden für diesen Aspekt (Seite 12) ;
- J) schon 2015 gab der Bundesrat an zu untersuchen, wie die Effekte der Investitionspolitik des Privatsektors besser in die Ausrichtung der Klimapolitik für die Zeit nach 2020 integriert werden kann (Seite 12) ; in den folgenden vier Jahren gab es keine Fortschritte, denn auch noch im Jahr 2019 weist der Bundesrat erneut darauf hin, dass er die Prüfung der Notwendigkeit eines Rahmenwerks in Betracht ziehen wird, das den Schweizer Finanzplatz in die Lage versetzt, im Bereich der nachhaltigen Finanzen wettbewerbsfähig zu sein (Seite 14) ;
- K) der Schweizer Gesetzgeber hält sich seit mindestens 1993 an die Erkenntnisse der Wissenschaftler (Seite 20) ; trotzdem steht dem zunehmend alarmistischen Ton der wissenschaftlichen Berichte ein zunehmend beschwichtigender Ton in den Botschaften des Bundesrates in den Jahren 2016 und 2017 gegenüber (Seite 21) ;
- L) ungeachtet ihrer Auffassung, dass das Pariser Klimaübereinkommen Verpflichtungen für den Einzelnen mit sich bringt, halten die Bundesbehörden bis heute an einer Politik fest, die « freiwillige Maßnahmen in einem ersten Zeitraum » bevorzugt und im Wesentlichen auf den guten Willen der Finanzinstitute setzt (Seite 22) ;
- M) in einem von mehr als zwanzig Professoren und Wissenschaftler verfassten und vom Beschwerdeführer vorgelegten Schreiben unterstreichen diese die Versäumnisse und Rückstände der Schweiz, was die These untergräbt, dass freiwillige Maßnahmen im Finanzsektor ausreichen würden, um die Finanzströme entsprechend des Pariser Klimaübereinkommens auszurichten (Seiten 16, 22) ;

Hinsichtlich der gerichtlichen Einordnung der Aktion :

- N) rückblickend auf die Gesetzgebungsarbeit ist festzuhalten, dass der Klimanotstand eine wissenschaftlich zweifelsfrei festgestellte Realität ist, dass er von den Schweizer Behörden längst erkannt wurde und dass die globale Erwärmung einige der wertvollsten Einzelgüter des Strafgesetzbuches gefährdet: Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum (Seite 20) ;
- O) die Frage nach der Unmittelbarkeit der Gefahr ist zu bejahen ; diese Unmittelbarkeit ergibt sich bereits aus den Studien, die sowohl vom IPCC als auch vom BAFU veröffentlicht wurden (Seite 22) ;
- P) die Abwägung der auf dem Spiel stehenden Güter (Leben und körperliche Unversehrtheit auf der einen Seite, Sachbeschädigung in Form von vorübergehender Verunreinigung auf der anderen Seite) kann nur zu dem Ergebnis führen, dass das geopfert Rechtsgut (unversehrtes Eigentum) geopfert werden konnte, um das vom Beschuldigten zu schützende Gut zu erhalten (Seite 22) ;
- Q) angesichts der vom Bundesrat selbst vorgelegten alarmierenden Zahlen über das negative Gewicht des Schweizer Finanzplatzes auf das Klima durfte sich der Beschuldigte zu Recht fragen, wie der Trend umgekehrt werden könnte ; (Seite 23) ;
- R) der Beschuldigte befand sich in einem Dilemma, da die Verlautbarungen der Credit Suisse zwar mit den Verpflichtungen der Schweiz übereinstimmte, nicht aber ihrer tatsächlichen Investitionspraxis (Seite 23) ;
- S) die sukzessiven, an die Credit Suisse adressierten Aufrufe (Briefe, Petitionen, Gesellschafteranfragen, etc.) entsprechen dem von den Bundesbehörden befürworteten Vorgehen (Aufbau von öffentlichem Druck auf die Reputation), wodurch die Bank zu freiwilligen Massnahmen zwecks klimakompatibler Ausrichtung ihrer Investitionen bewegt werden sollte (Seite 23) ;

- T) da der Bundesrat selbst betont hat, dass das Reputationsrisiko zur Änderung des Finanzplatzes beitragen kann, war es aus Sicht des Beschuldigten folgerichtig, die seit mehreren Jahren unternommenen Schritte zur Trübung der Reputation der Credit Suisse fortzusetzen (Seite 23) ;
- U) das Anschlagen roter Hände an die Fassade der Credit Suisse entspricht somit voll und ganz der Logik der Anwendung und Umsetzung der von der politischen Instanzen empfohlenen Maßnahmen (Imageschaden) zur Eindämmung der Kurve der globalen Erwärmung, die vom Schweizer Finanzplatz und insbesondere von der Credit Suisse befördert wird (Seite 24) ;
- V) der Beschuldigte handelte nicht aus dem Wunsch heraus, zu zerstören, sondern um die Bank durch sein Handeln und den von ihm angestrebten Imageschaden dazu zu bringen, ihre Investitionspolitik zu überdenken und über ihre Rolle und ihren Einfluss auf den Klimawandel nachzudenken ; dies stellt eindeutig keine egoistische oder destruktive Handlung dar (Seite 24) ;
- W) der Beschuldigte hatte keine andere Wahl, als so zu handeln, wie er es getan hat, und zwar sowohl in angemessener und maßvoller, überlegter, bewusster und fordernder Weise als auch mit einem konkreten Ergebnis (Seite 24) ;

Die Berichterstattung des SRF

Dem oben aufgeführten Sachverhalt steht nachfolgend die Berichterstattung des SRF vom 14.10.20 in Form eines Artikels « Credit Suisse unterliegt - Genfer Kantonsgericht gibt Klimaaktivist Recht » [5] und einer Audioausstrahlung « Neues Gerichtsurteil gegen Klimaaktivisten » [6] in SRF-Rendez-vous gegenüber. Die Audioausstrahlung ist als Abschrift ebenfalls im Anhang hinterlegt.

1. Sowohl in dem SRF-Artikel als auch im SRF-Audiobeitrag wird dem Beschuldigten mehrfach vorgeworfen, er habe « vor zwei Jahren die Hausfassade der Credit Suisse in Genf verschmiert ». Die Wortwahl « verschmieren » impliziert laut Duden auch (i) « eine Fläche mit etwas bestreichen », und (ii) « dieser Fläche durch eine unordentliche Ausführung ein unsauberes Aussehen verleihen ».

Die Feststellung B. des Gerichts (siehe oben) steht hierzu im klaren Widerspruch, wenn festgehalten wird, dass der Beschuldigte wiederholt mit Hilfe einer Schablone und Kreidespray das Zeichen « blutroter Handabdruck » sowie die Titelseite des IPCC-Reports von 2018 angebracht hat. Durch diese Methode erhalten die Handabdrucke stets die selbe Form, stets die selbe blutrote Farbe und somit ein einheitliches Erscheinungsbild. Von « Verschmieren » - was auch Unordnung impliziert - kann keine Rede sein. Vielmehr wurde eine offene Botschaft an die Credit Suisse gesandt, welche nicht allzu schwer zu erkennen ist (« die Credit Suisse hat das Blut der Klimaopfer an den Händen; beachtet die Warnungen des IPCC und bringt eure Investitionspolitik in Einklang mit dem Pariser Klimaübereinkommen » [7]).

⇒ Wir erachten die wiederholte Verwendung des Ausdrucks « verschmieren » als eine **Verletzung des Entstellungsverbots** laut Pflicht n°3 des Journalistenkodex.

5 <https://www.srf.ch/news/schweiz/credit-suisse-unterliegt-genfer-kantonsgericht-gibt-klimaaktivist-recht>

6 <https://www.srf.ch/play/radio/rendez-vous/audio/neues-gerichtsurteil-gegen-klimaaktivisten?id=26d647ba-565d-4bef-b5a3-e443b658e65b>

7 <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20162916/index.html>

2. In dem SRF-Audiobeitrag wird zusätzlich noch ausgeführt, dass von der Genfer Justiz das Signal ausgesandt wird, « dass straffrei davonkomme, wer er im Namen des Klimanotstands eine Fassade verschmiert ». Diese Aussage ist zweifelsfrei falsch !

Das Gericht stellt wiederholt fest, dass ein vom Bundesrat gutgeheissenes Motiv vorlag (Trübung ihrer Reputation), an die Fassade der Credit Suisse Abdrücke von Roten Händen sowie Titelseiten des IPCC-Reports anzubringen (Feststellungen S., T., U.). Diese « Aktion Rote Hände » bei der Credit Suisse befand das Gericht als Handlung « in angemessener und massvoller, überlegter, bewusster und fordernder Weise » (W.), da die Verlautbarungen der Credit Suisse zwar mit den Verpflichtungen der Schweiz aus dem Pariser Klimaübereinkommen übereinstimmten, nicht aber ihre tatsächliche Investitionspraxis (R). Diesbezüglich stellt das Gericht fest, dass die von der Credit Suisse seit 2018 aufgestellten Behauptungen zu ergriffenen Massnahmen zum Schutz des Klimas Lügen gestraft werden durch die vorliegenden und von ihr nicht widersprochenen Studien (G.). Die Zahlen zur Credit Suisse belegen nachdrücklich die bedeutende Beteiligung an dem, was das BAFU bezeichnet als « die Investitionen des Schweizer Finanzplatzes, die eine Erwärmung von 4 bis 6° C unterstützen » (G.)

Es kommt also nicht derjenige straffrei davon, der irgend « eine Fassade verschmiert ». Nein, es muss schon eine gezielt ausgewählte Fassade sein, dessen Besitzer ein überproportionales Gewicht im Bereich der Finanzierung fossiler Brennstoffe hat (E.), der seine Investitionen in fossile Energien auch nach dem Abschluss des Pariser Klimaübereinkommens in 2015 weiter steigert (F.), der die Öffentlichkeit mittels irreführenden Verlautbarungen belügt (G.) und dessen Investitionsverhalten laut Bundesrat « die Zielsetzung des Pariser Klimaübereinkommens noch nicht ausreichend berücksichtigt » (I) – dessen Fassadenbesitzer sich eben wie Credit Suisse gebährt.

⇒ Wir erachten die oben zitierte Behauptung als eine **erneute Verletzung des Entstellungsverbots** laut Pflicht n°3 des Journalistenkodex.

3. Sowohl dem SRF-Artikel als auch dem SRF-Audiobeitrag ist zu entnehmen : das « Urteil bedeutet, dass das Berufungsgericht den Klimanotstand nicht nur anerkennt, sondern zum Schluss kommt, dass der Klimanotstand diese Sachbeschädigung rechtfertigt. » In dieser Aussage sind unserer Ansicht nach zwei Verstösse enthalten.

a. Es wird in dem Gerichtsurteil keinesfalls eine Sachbeschädigung mit dem Klimanotstand gerechtfertigt. Allerdings hält das Gericht fest (siehe oben)

N.) dass die globale Erwärmung und der damit verbundene Klimanotstand einige der wertvollsten Einzelgüter des Strafgesetzbuches gefährdet: Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum, ... ;

P.) die Abwägung der auf dem Spiel stehenden Güter kann nur zu dem Ergebnis führen, dass das geopfert Rechtsgut (Sachbeschädigung in Form von vorübergehender Verunreinigung) geopfert werden konnte, um das vom Beschuldigten zu schützende Gut (Leben und körperliche Unversehrtheit) zu schützen ;

U.) das Anschlagen roter Hände an der Fassade der Credit Suisse entspricht somit voll und ganz der Logik der Anwendung und Umsetzung der von den politischen Instanzen empfohlenen Massnahmen (Imageschaden) zur Eindämmung der Kurve der globalen Erwärmung, die vom Schweizer Finanzplatz und insbesondere von der Credit Suisse befördert wird ;

Das Gericht kommt also nicht zu dem Ergebnis, dass « diese Sachbeschädigung [ge-]rechtfertigt » ist, sondern kommt nach gründlicher Analyse und Güterabwägung dazu, dass eher das Gut « unversehrtes Eigentum » als das Gut « körperlicher Unversehrtheit » geopfert werden darf !

⇒ Wir erachten dies als eine **wiederholte Verletzung der Wahrheitspflicht** laut Pflicht n°1 des Journalistenkodex.

b. Der Ausdruck « diese Sachbeschädigung » spielt nicht nur an auf den zuvor schon fälschlich verwendeten Begriff « Verschmieren » sondern auch auf das dem Text voranstehende und dem Audiostream unterlegte Photo. Auf dieses verwendete Photo gehen wir weiter unten ein.

4. Der Audiobeitrag enthält folgende Passage : « Weiter hält das Gericht in seiner Begründung für den Freispruch fest, dass zum Tatzeitpunkt vor zwei Jahren die politischen Mittel ungenügend gewesen seien, um gegen die Klimaerwärmung vorzugehen, was dazu beitrage, dass die Tat eben gerechtfertigt sei. », um mit einem grossen ABER « Denn das Gericht bezieht sich auf den Zeitpunkt der Tat und seither hat die Politik gehandelt und ein neues CO2-Gesetz verabschiedet » zu suggerieren, dass nun die politischen Mittel für den Beschuldigten nicht mehr ungenügend seien.

Es ist zwar zutreffend, dass das Gericht die Situation zum Tatzeitpunkt vor zwei Jahren zu Grunde legte. Aus den Feststellungen des Gerichts, (T. : der Beschuldigte habe folgerichtig gehandelt) und (W. : er habe keine andere Wahl gehabt, als so zu handeln, wie er es getan hat), geht hervor, dass der Beschuldigte somit sicherlich auch keine ausreichenden politischen Mittel zur Abwendung des dringenden Notstands zur Verfügung hatte.

Allerdings kann ganz und gar nicht nachvollzogen werden, weshalb die Verabschiedung des neuen CO2-Gesetzes dem Beschuldigten nun eine erweiterte Handlungsauswahl eröffnet, um die Credit Suisse zu einer klimakompatiblen Investitionspolitik entsprechend der Ziele des Pariser Klimaübereinkommens zu bewegen – ohne dabei zwischen den Rechtsgütern « körperliche Unversehrtheit » und « unversehrtes Eigentum » abwägen zu müssen.

Uns ist es nicht gelungen, die oben zitierten Audiopassagen in dem Gerichtsurteil wiederzufinden. Darüber hinaus wurde ihre zweifelhafte Aussagekraft offengelegt.

⇒ Wir erachten die oben zitierten Behauptungen als eine **Verletzung der Wahrheitspflicht** laut Pflicht n°1 des Journalistenkodex.

5. Zwar wird in dem SRF-Artikel erwähnt, dass die Verteidigerin für den Beteiligten an der « Aktion Rote Hände » argumentierte, er hätte « aus einem rechtfertigenden Notstand heraus gehandelt ».

Allerdings geht aus dem Artikel gar nicht hervor, warum es « Aktion Rote Hände » heisst und was die roten Hände mit dem Vorfall zu tun haben (auch auf dem Photo sind diese nicht zu sehen). Es ist erstaunlich, dass dies nicht als « wichtiges Element der Information » betrachtet wird.

⇒ Wir erachten dies als eine Verletzung des **Unterschlagungsverbots** laut Pflicht n°3 des Journalistenkodex.

6. Selbstverständlich ist es alleinige Angelegenheit der Redaktion darüber zu entscheiden, in welchem Umfang über diesen Revisionsprozess berichtet wird.

Allerdings fällt auf, dass die SRF keine einzige der aufgeführten 23 vom Gericht getroffenen Feststellungen für so bedeutungsvoll hält, dass sie durch eine Erwähnung in der Berichterstattung

eine angemessene Würdigung verdiente. Der Sachverhalt (A bis D) wird verkürzt und verfälscht dargestellt ! In der Berichterstattung findet sich kein Wort über die Motivation des Beschuldigten (selbstverständlich schützen « Schmierereien » nicht gegen die globale Erwärmung). Die Kritik des Gerichts an der Credit Suisse (E bis G), nämlich die gesteigerte Beförderung des Klimawandels durch ihre Investitionspolitik entgegen der konkreten Forderung in Artikel 2.1.c des Pariser Klimaübereinkommen ^[8] bleibt unberücksichtigt. Die Kritik des Gerichts an den bisher unzureichenden gesetzlichen Regelungen durch den Bundesrat, welcher auch im fünften Jahr nach Paris noch immer auf freiwillige Massnahmen des Finanzsektors hofft, findet ebenfalls keine Erwähnung (H bis M). Abgesehen vom Ergebnis wird auch nicht auf die vom Gericht vorgenommene Einordnung der Fakten und die Güterabwägung eingegangen (N bis W).

Die SRF hat sich NICHT vom Recht der Öffentlichkeit leiten lassen, die Wahrheit zu erfahren.

⇒ Wir erachten diese Unterlassungen als eine **Verletzung des Wahrheitserbringungspflicht** laut Pflicht n°1 des Journalistenkodex.

7. Das von der SRF verwendete Photo

Auf dem Photo wird ebenfalls eine Filiale der Credit Suisse dargestellt. Unbestreitbar handelt es sich jedoch nicht um die Filiale in Genf, Place de Bel-Air, wo der Beschuldigte aktiv war. Auch hatte die Fassade der CS Filiale am Genfer Place de Bel-Air nach der « Aktion Rote Hände » keinerlei Ähnlichkeit mit der auf dem Photo dargestellten Fassade.

⇒ Wir erachten die Verwendung diese falschen Photos als eine **SEHR GRAVIERENDE Verletzung der Wahrheitspflicht** laut Pflicht n°1 des Journalistenkodex.

Bei der abgebildeten Fassade können auch wir keinen Sinn in der Farbaktion erkennen. Dieses falsche Bild suggeriert, dass der Beschuldigte diese sinnlose Sachbeschädigung begangen und dass das Genfer Gericht darüber befunden hat. Dies ist jedoch nicht der Fall.

⇒ Deshalb erachten wir die Verwendung dieses falschen Photos zusätzlich als eine **SEHR GRAVIERENDE Verletzung des Anschuldigungsverbots** laut Pflicht n°7 des Journalistenkodex.

Darüber hinaus fragen wir uns, wie es den verantwortlichen Journalisten des SRF passieren konnte ein Photo zu verwenden, das an einem anderen Ort und mit höchster Wahrscheinlichkeit auch an einem anderen Tag aufgenommen wurde, als sich der dem Beschuldigten vorgeworfene Vorfall ereignet hat. Insbesondere hat die dargestellte Sachbeschädigung eine vollkommen andere Dimension als jene bei der Credit Suisse am Place de Bel-Air in Genf. Wie schon der Berichterstattung ist auch dem Photo nicht zu entnehmen, dass es bei der « Aktion Rote Hände » dem Beschuldigten darauf ankam, eine offene Botschaft an die Credit Suisse zu senden (siehe oben). In den zwei Jahren zwischen dem Vorfall und dieser Berichterstattung war es der SRF durchaus möglich, sich über die « Aktion Rote Hände » sowie die damit verbundene Botschaft zu informieren und ein zutreffendes Photo zu beschaffen – wie es auch der RTS gelungen ist.

Deshalb können wir uns nicht vorstellen, dass es sich um eine versehentliche Nachlässigkeit handelt, sondern wir vermuten, dass es bei der Auswahl dieses Photos darum ging, **den Beschuldigten und mit ihm die ganze Klimabewegung zu diffamieren** und dem Hunger der unaufgeschlossenen Hörer und Leser nach Empörung Nahrung zu liefern (« Gericht toleriert sinnlose Sachbeschädigung ! »). Wir nennen dies unlautere Berichterstattung !

8 <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20162916/index.html>

Eine derartige Berichterstattung ist der Boulevardpresse zuzutrauen, aber der SRF nicht würdig. Dadurch hat das in der Deutschschweiz dominierende Medium SRF - ein öffentlich-rechtliches, gebührenfinanziertes Medium - jetzt eine ethische Schwelle überschritten. Dies wollen wir nicht tolerieren.

Unsere Forderungen :

1. Auf Basis dieser Beschwerde fordern wir den Schweizer Presserat auf, den zuständigen Stellen bei der SRF (verantwortliche Journalisten, Redaktion, etc.) eine Rüge auszusprechen.
2. Wir fordern, dass die kritisierte Berichterstattung vom 14.10.2020 weiterhin im Original als « schlechtes Beispiel » im Archiv (Internet) zugänglich bleibt. Der Schweizer Presserat soll aber eine angemessene Ergänzung durchsetzen, welche weitestgehend die sieben aufgeführten Verstösse / Missstände hervorhebt und korrigiert (sowohl bzgl. Text und Photo als auch bzgl. Audiostream).
3. Desweiteren fordern wir, dass an einem uns vorab bekannt zu gebenden Termin in der SRF-Sendung Rendezvous die Rüge des Schweizer Presserates vorgetragen, eine Richtigstellung ausgestrahlt und auf den ergänzten Archivinhalt (Internet) hingewiesen wird.
4. Und letztlich fordern wir eine schriftliche Entschuldigung der zuständigen Stellen bei der SRF (verantwortliche Journalisten, Redaktion, etc.) an den Beschuldigten.

Mit grossen Erwartungen sehen wir der Entscheidung des Schweizer Presserates entgegen. Vorab würden wir uns über eine Eingangsbestätigung sowie über die Angabe des voraussichtlichen Zeitrahmens bis zur Entscheidungsverkündung freuen.

Abschliessend soll noch erwähnt sein, dass wir bisher keine juristischen Schritte eingeleitet haben. Allerdings behalten wir uns diese Möglichkeit weiterhin vor. Wir hoffen, dass die SRF Einsicht zeigt und entsprechend unseren oben genannten Forderungen reagiert, so dass juristische Schritte nicht erforderlich werden.

Mit freundlichen Grüssen

Unterschrift

Anhang

SRF Audio : « Neues Gerichtsurteil gegen Klimaaktivisten » aus Rendez-vous 14.10.2020 [9]

Das Urteil lässt aufhorchen : ein dreiundzwanzigjähriger Klimaaktivist wird in zweiter Instanz vor Gericht freigesprochen. Was er getan hat ? Vor zwei Jahren die Hausfassade der Credit Suisse in Genf verschmiert. Das Genfer Polizeigericht verurteilte den jungen Mann zu einer bedingten Geldstrafe ; dazu sollte er die Reinigungskosten übernehmen. Das Kantonsgericht hat nun den Dreiundzwanzigjährigen freigesprochen und gesagt, der Klimaaktivist habe aus einem – Zitat - « gerechtfertigtem Notstand gehandelt. »

Barbara Colpi, was heisst jetzt das genau ?

Strafrechtlich gesehen handelte es sich bei der Tat des Klimaaktivisten um Sachbeschädigung ; er hatte nicht alleine gehandelt, doch konnten die anderen davonrennen. Und nur er hatte einen Strafbefehl bekommen und war in erster Instanz verurteilt worden. Das heutige Urteil bedeutet nun, dass das Kantonsgericht den Klimanotstand nicht nur anerkennt, sondern zum Schluss kommt, dass der Klimanotstand diese Sachbeschädigung rechtfertigt. Weiter hält das Gericht in seiner Begründung für den Freispruch fest, dass zum Tatzeitpunkt vor zwei Jahren die politischen Mittel ungenügend gewesen seien, um gegen die Klimaerwärmung vorzugehen, was dazu beitrage, dass die Tat eben gerechtfertigt sei.

Welche Signalwirkung geht denn von diesem Urteil aus ? Ich meine, es gibt ja in verschiedenen Kantonen solche Aktionen.

Ja, auch in der Waadt hatte es zunächst einen Freispruch von Klimaaktivisten gegeben, der für Aufsehen gesorgt hatte. Es handelte sich damals allerdings um ein erstinstanzliches Urteil. Und es ging - in Anführungs- und Schlusszeichen - « nur » um Hausfriedensbruch. Diese Jugendlichen, die in einer Schaltherhalle der CS Tennis gespielt hatten, wurden in zweiter Instanz jedoch verurteilt. Die Genfer Justiz sendet heute ein anderes Signal aus mit dem Freispruch in zweiter Instanz, nämlich dass straffrei davonkomme, wer er im Namen des Klimanotstands eine Fassade verschmiert. Auch wenn das so nicht ganz stimmt. Denn das Gericht bezieht sich auf den Zeitpunkt der Tat und seither hat die Politik gehandelt und ein neues CO2-Gesetz verabschiedet.

Haben Sie eigentlich schon erste Reaktionen auf dieses Urteil, sei es von den Banken, von den jugendlichen Klimaaktivisten oder auch von den politischen Parteien ?

Die Anwältin des Klimaaktivisten und die Klimaaktivisten selber, die triumphieren natürlich. Die Credit Suisse schreibt auf Anfrage, sie nehme das Urteil zur Kenntnis und werde es analysieren. Es ist davon auszugehen, dass das Urteil an das Bundesgericht weitergezogen wird ; entweder von der CS oder dann von der Genfer Staatsanwaltschaft. Die höchsten Schweizer Richter müssen sich sowieso mit der Frage beschäftigen, ob ein Klimanotstand anerkannt werden kann und was er rechtfertigt und was nicht. Denn fest steht bereits, dass das Urteil aus der Waadt an das Bundesgericht weitergezogen wird. Und ja, das heutige Urteil aus Genf wird so oder so auch noch zu reden geben. Ich denke, dass es noch keine weiteren Reaktion gibt, dürfte auch damit zusammenhängen, dass dieser Freispruch heute doch sehr überraschend kam und kaum jemand wirklich damit gerechnet hat.

9 <https://www.srf.ch/play/radio/rendez-vous/audio/neues-gerichtsurteil-gegen-klimaaktivisten?id=26d647ba-565d-4bef-b5a3-e443b658e65b>

Die hervorstehenden Feststellungen des Gerichts [10]

Seite 2 ff (Die Aktion) :

« B. Les faits reprochés, qui ne sont pas contestés, peuvent être résumés comme suit ...

a. Une manifestation pour le climat a eu lieu le samedi 13 octobre 2018 à Genève. ... plusieurs manifestants, dont **N.B. et une femme** demeurée non identifiée se sont extraits du cortège et **ont maculé de peinture et de tracts la façade du bâtiment de La Banque. De très nombreuses mains, formées de peinture rouge, ont été apposées sur les murs**, les rideaux métalliques et les plaques d'identification du bâtiment. N.B. détenait une bonbonne de peinture de marque "Molotowtech Kreide-Pigment Spray", **soit de la peinture à base de craie, lavable à l'eau.**

...

Ces actions avaient fait l'objet d'une réflexion et n'étaient pas improvisées. Le collectif BREAKFREE avait déjà interpellé La Banque en 2016, estimait devoir être plus créatif **en raison de l'absence de réaction de La Banque et de l'augmentation de ses investissements dans les énergies fossiles.**

...

Le but des mains rouges apposées sur le bâtiment de La Banque était de toucher l'image de cette banque. Il était important de toucher le bâtiment lui-même pour que La Banque porte la responsabilité de ses actes. Certains manifestants avaient mis leurs mains couvertes de peinture sur le mur ou sur des papiers. **Lui-même avait réalisé les mains rouges à l'aide d'un chablons et d'un spray de peinture aux pigments de craie et il avait également collé la première page du rapport du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC). Les mains rouges symbolisaient le sang des différentes victimes du réchauffement climatique et l'apposition de ces traces sur un bâtiment permettait de désigner les coupables.** Suite à cette action, certains groupes écologiques s'étaient positionnés contre les banques.

...

Les organisateurs, dont il faisait partie, avaient été conscients qu'ils réalisaient **un acte de désobéissance civile. Leur volonté n'avait pas été de causer un dommage, mais de perpétrer un «acte de visibilité».** »

Seite 6 ff (Die Botschaften des Bundesrats) :

« D. Sur la base des pièces produites, des indications du témoin et des sources généralement accessibles, **la Cour tient les faits suivants pour établis.**

a. La Suisse a ratifié le 10 décembre 1993 la Convention-cadre des Nations Unies du 9 mai 1992 sur les changements climatiques,

...

b. L'objectif fixé en 1993 a évolué, notamment avec l'adoption du protocole de Kyoto du 11 décembre 1997, La loi fédérale sur le CO₂ (RS 641.71), entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2013,

... .

...

c. ... Dans son Message du 21 décembre 2016 (FF 2017 289 ss), le Conseil fédéral précise que l'accord de Paris est un accord universel, juridiquement contraignant et dynamique sur le climat, **par lequel les États s'engagent** à réduire progressivement leurs émissions de gaz à effet de serre et **à prendre des mesures** pour s'adapter aux conséquences des changements climatiques et **pour orienter les flux financiers vers un développement à faible émission de gaz à effet de serre** et résilient aux changements climatiques. ... En signant cet Accord, la Suisse s'est fixée comme objectif de réduire d'ici à 2030 les émissions de gaz à effet de serre de 50% par rapport à leur niveau de 1990.

...

10 http://ge.ch/justice/donnees/decis/parp/show/2504994?meta=dt_decision%3A%5B01.01.2020+TO+31.12.2020%5D&doc

... Le Message du Conseil fédéral précise à cet égard que **l'Accord de Paris envoie ainsi pour la première fois un signal clair pour déplacer les flux financiers privés et publics, nationaux et internationaux, des investissements fossiles vers des investissements respectueux du climat, et qu'à la différence de la Convention sur le climat, l'Accord de Paris fixe pour la première fois des objectifs** qui ne se limitent pas à la réduction des émissions, **mais concernent aussi l'adaptation aux changements climatiques et l'orientation des flux financiers.**

...

e. Le Conseil fédéral se fonde, en référence à la teneur de l'art. 2 al. 1 let. c de l'Accord de Paris, sur le rapport « Risque carbone pour la place financière suisse », publié le 29 septembre 2015 par le CSSP (Center for Social and Sustainable Products; South Pole Group) sur mandat de l'OFEV ... Ainsi, les auteurs parviennent à la conclusion que, de **par ses investissements sur les marchés financiers mondiaux, la place financière suisse favorise un scénario induisant un réchauffement climatique mondial de quatre à six degrés Celsius.**

...

... **Un retrait des secteurs à fort taux d'émission** ou un déplacement vers des entreprises du même secteur plus respectueuses du climat **serait possible sans conséquences majeures sur le risque et la diversification.** ...

...

S'appuyant sur ce rapport, **le Conseil fédéral relève que le comportement en matière d'investissements et de financement adopté en Suisse ne tient pour l'heure pas encore suffisamment compte de l'objectif fixé par l'Accord de Paris. ... Le risque de réputation augmente aussi du fait de la sensibilisation accrue des clients à cet aspect** (FF 2018 242, 253)

....

... Sur le plan national, le Message souligne également **que les efforts déployés par le secteur financier ... sont considérés comme des mesures librement consenties.**

...

g. **Le 2 septembre 2015** (avant l'adoption de l'Accord de Paris), dans une réponse à une interpellation ... **le Conseil fédéral constatait que le secteur financier ou les effets des investissements sur le climat n'avaient jusqu'alors pas été pris en considération par la politique climatique nationale.** ... Il estimait ... et **disait examiner dans quelle mesure cette question pouvait être mieux intégrée dans la définition de la politique climatique pour l'après-2020. Il étudiait la possibilité d'introduire des incitations pour des investissements favorables au climat, ...**

...

L'appelant produit encore diverses interventions parlementaires, qui toutes soulignent l'insuffisance des mesures prises par la place financière, et auxquelles le Conseil fédéral répond qu'il table toujours sur des mesures librement consenties ainsi que sur le risque de dégat d'image.

Dans un communiqué de presse du **26 juin 2019**, **le Conseil fédéral indiquait envisager d'examiner la nécessité d'un cadre pour permettre à la place financière suisse d'être compétitive dans le domaine de la finance durable.** »

Seite 15 ff (Die Bank) :

« i. Selon les **pièces produites par l'appelant, qui ne sont pas remises en cause (...), La Banque a été régulièrement interpellée, dès 2015, au sujet de ses investissements néfastes pour le climat (...)** ; ... Au cours des deux assemblées générales [2017 et 2018], **La Banque a répondu à des interventions d'actionnaires l'interpellant sur son action sur les marchés en affirmant prendre des mesures pour la protection du climat.** ...

Les interventions ciblées à l'égard de La Banque sont fondées sur plusieurs études ... qui démontrent que **La Banque a un poids démesuré, par rapport à d'autres acteurs du secteur**

financier suisse, dans le domaine du financement des énergies fossiles. ... Dans une liste des banques les plus actives dans le financement des énergies fossiles dans le monde (Banking on Climate Change, Fossil Fuel Finance Report Card 2019, Rainforest Action Network), **La Banque figure en 14^{ème} position, avec des financements s'élevant à plus de 57.4 milliards de dollars au cours des trois dernières années (2016 à 2018 ; pièce 4 appelant). Autre Banque, avec un total de 25.8 milliards, figure en 25^{ème} position. Les deux banques ont, à teneur de ces documents, augmenté leurs investissements dans ce domaine pendant la période faisant l'objet du rapport.**

...

k. L'appelant a remis aux débats d'appel un courrier rédigé par huit professeurs et chercheurs suisses, anglais et français, Ceux-ci ... relèvent les faits suivants.

La Suisse est très en retard dans la mise en œuvre de législations pour la réduction des émissions de CO2 et autres gaz à effet de serre. ... »

Seite 20 ff (Die Bewertung des Gerichts) :

« 2.5.1. En l'espèce, à raison, ...

...

... l'appelant a pris les précautions nécessaires pour n'occasionner qu'un dommage temporaire et s'est assuré que tel serait le cas, ...

...

2.5.3.1. Il ressort de l'examen des travaux législatifs que, **depuis à tout le moins 1993, le législateur suisse adhère aux conclusions des scientifiques** qui ont progressivement mis en évidence la réalité du réchauffement climatique ainsi que le rôle et l'impact de l'activité humaine sur ce phénomène. ...

Au ton de plus en plus alarmiste des rapports scientifiques s'oppose le ton de plus en plus conciliant des messages du Conseil fédéral. En 1993, ... ; ce nonobstant, le Conseil fédéral considérait, ... , qu'il était « impératif et urgent » que la communauté internationale se lie de manière contraignante dans la poursuite d'un objectif commun (FF 1993 II 130). En 2009, au moment de proposer les dispositions rendues nécessaires par l'adoption du protocole de Kyoto, le Conseil fédéral reconnaissait encore qu'il était « urgent de prendre des mesures en matière de politique climatique » (FF 2009 6725 et 6750).

Près de trente ans après les premiers appels à la mobilisation et à l'action urgente, on cherche en vain le mot « urgent » dans le message relatif à l'Accord de Paris. ...

Il en va de même un an plus tard, lorsque sont proposées des modifications à la loi CO2 pour permettre à la Suisse de respecter ses engagements en vertu de l'Accord de Paris. ...

Cette revue des travaux législatifs permet à la CPAR de retenir que l'urgence climatique est une réalité établie scientifiquement de manière indubitable, qu'elle est reconnue de longue date par les autorités suisses et que le réchauffement planétaire met en danger certains des biens individuels les plus précieux du code pénal : **la vie, l'intégrité corporelle, la propriété. ...**

Les constats des nombreux signataires de la lettre versée par l'appelant aux débats confirment encore, si besoin était, la gravité de la situation et soulignent par ailleurs les lacunes et retards suisses dans ce domaine, **mettant à mal la thèse selon laquelle des mesures librement consenties suffiraient à y remédier.**

Il faut en conséquence répondre affirmativement à la question de l'imminence du danger, ... cette imminence ressort déjà des études publiées tant par le GIEC que par l'OFEV, qui mettent en avant le risque de mise en action des points de bascule. Un tel risque doit être qualifié

d'actuel et concret, étant souligné que s'il était urgent d'agir en 1993, alors qu'aucune manifestation concrète du réchauffement n'était encore perceptible, **il ne peut qu'être retenu que l'urgence est aigüe à la date des faits, 25 ans plus tard ...**

...

2.5.3.2. Par ailleurs, **la mise en balance des biens en jeu** (vie et intégrité corporelle d'un côté, dommage à la propriété sous forme de souillure temporaire, de l'autre) **ne peut que conduire à considérer que le bien juridique sacrifié (le patrimoine) pouvait l'être pour préserver les biens que l'appelant cherchait à protéger.**

2.5.3.3. ... Les textes en vigueur au moment des faits incluent l'Accord de Paris, qui contient **aux dires du Conseil fédéral des obligations pour les particuliers, et qui prévoit explicitement l'obligation de rendre les flux financiers compatibles** avec un profil d'évolution vers un développement à faible émission de gaz à effet de serre et résilient aux changements climatiques (art. 2 al. 1 let. c). **Nonobstant le fait qu'il ait considéré que cet Accord impose des obligations pour les particuliers, les autorités fédérales, encore à ce jour, s'en tiennent à une politique aux termes de laquelle il faut favoriser des « mesures librement consenties dans un premier temps » et comptent essentiellement sur la bonne volonté des établissements financiers. »**

Seite 23 ff (Schlussfolgerungen des Gerichts) :

« Dans ces circonstances, et compte tenu notamment des chiffres alarmants présentés par le Conseil fédéral lui-même au sujet du poids négatif de la place financière suisse, l'appelant pouvait, légitimement, s'interroger sur la manière d'inverser la tendance. Conformément à ce que préconise l'autorité politique, La Banque devait être amenée à infléchir le cours de ses investissements par des mesures librement consenties.

Les démarches successives de l'appelant et des organisations non-gouvernementales s'inscrivent dans la droite ligne de la mise en œuvre préconisée par les autorités fédérales. En effet, les interpellations visant à amener La Banque à changer ses investissements ont commencé d'abord par courrier et avec une pétition (pièce 33a appelant), sans résultat. Les réponses apportées par des représentants de La Banque au cours de ses assemblées générales sont démenties par les études (dont elle ne conteste pas la teneur) produites par l'appelant et qui démontrent, chiffres à l'appui, son importante implication dans ce que l'OFEV appelle «les investissements de la place financière suisse sout[enant] un réchauffement de 4 à 6° C ».

L'appelant s'est ainsi trouvé confronté avec un dilemme, **la position officielle de La Banque s'alignant sur les obligations contractées par la Suisse mais ne correspondant pas avec sa pratique concrète d'investissements.** Conformément aux recommandations officielles, il fallait donc amener La Banque, par des mesures librement consenties, à adapter rapidement ses engagements. **Le Conseil fédéral ayant lui-même souligné que le risque réputationnel était susceptible de contribuer à l'amendement de la place financière, il était logique dans l'esprit de l'appelant de poursuivre les démarches entreprises depuis plusieurs années pour atteindre la réputation de La Banque et lui faire, par ce biais, adopter librement les mesures nécessaires.**

... L'action menée le 13 octobre 2018, **soit l'apposition de mains rouges sur la façade d'un bâtiment de La Banque en plein centre-ville de Genève, s'inscrit ainsi pleinement dans une logique d'application et de mise en œuvre des mesures préconisées par l'autorité politique pour infléchir la courbe du réchauffement climatique soutenue par la place financière et notamment par La Banque,** et représente un moyen accessible à l'appelant dans sa situation pour atteindre ce but. Conformément à la décision initiale et à la logique qui présidait à son action, l'appelant, ce qui est essentiel, a reconnu son geste et en a assumé la responsabilité, sans tenter de se soustraire à d'éventuelles poursuites. **Il n'a pas agi par volonté de détruire,**

mais bien pour amener La Banque, par ses actes et le dégât d'image qu'il a cherché à lui occasionner, à revoir sa politique d'investissements et à réfléchir à son rôle et à son influence sur les changements climatiques, dans la droite ligne des constatations du CF qui soulignait la méconnaissance, par les acteurs financiers, de leur responsabilité dans ce contexte (supra D.e). Il n'a commis aucun dommage irréparable, se limitant à des souillures susceptibles d'être nettoyées facilement. On ne se trouve ainsi clairement pas dans une action égoïste ou destructrice. ...

...

Les actes entrepris étaient donc bien de nature, sinon à écarter, du moins à contribuer à réduire le danger présenté par les investissements carbonés de La Banque.

2.5.3.4. ... En effet, même si un autre moyen devait être disponible et accessible à l'appelant, **il faut retenir que celui-ci, dans la situation où il se trouvait au moment des faits, ... notamment des prises de position contradictoires des autorités fédérales, s'est de bonne foi convaincu qu'il n'avait d'autre choix que d'agir comme il l'a fait, de façon proportionnée et mesurée, réfléchie, assumée et revendiquée et somme toute avec un résultat concret. ...**

2.5.3.5. ...

L'appelant doit ainsi être acquitté, au bénéfice de l'état de nécessité, à tout le moins putatif (art. 17 et 13 al. 1 CP). »